

Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften

Band 49

**Grenzen strafbarer Fahrlässigkeit
im französischen und deutschen Recht**

Von

Fabian Pfefferkorn



Duncker & Humblot · Berlin

FABIAN PFEFFERKORN

**Grenzen strafbarer Fahrlässigkeit
im französischen und deutschen Recht**

Kölner Kriminalwissenschaftliche Schriften

Herausgegeben von

Claus Kreß, Cornelius Nestler

Jürgen Seier, Michael Walter

Susanne Walther, Thomas Weigend

Professoren an der Universität zu Köln

Band 49

Grenzen strafbarer Fahrlässigkeit im französischen und deutschen Recht

Von

Fabian Pfefferkorn



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort

Die Hohe Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Universität zu Köln hat diese Arbeit
im Wintersemester 2005 / 2006 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0936-2711
ISBN 3-428-12168-6
978-3-428-12168-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Wintersemester 2005/2006 als Dissertation angenommen.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Weigend, danke ich für die in jeder Hinsicht optimale Betreuung der Arbeit, insbesondere die trotz örtlicher Entfernung stete Ansprechbarkeit und laufende Durchsicht des Manuskripts, was zum Gelingen der Arbeit erheblich beigetragen hat.

Für die rasche Zweitkorrektur der Arbeit gilt mein besonderer Dank Frau Prof. Dr. Susanne Walther.

Der VG Wort danke ich für die großzügige Finanzierung der Druckkosten aus dem Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft.

Schließlich möchte ich an dieser Stelle natürlich meinen Eltern – nicht nur für ihre finanzielle Hilfe – danken, ebenso wie all denjenigen, die mich in den letzten Jahren unterstützt, motiviert und auf andere Gedanken gebracht haben.

Die jetzige Fassung befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand Januar 2006. Französische Lehrbücher, die im Laufe der Arbeit neu erschienen sind, habe ich allerdings aus Gründen der Zweckmäßigkeit in der Regel nur dann nach der jeweils aktuellen Auflage zitiert, wenn sich der darin vertretene Standpunkt im Vergleich zur bereits zitierten Voraufgabe verändert hat oder eine sonstige inhaltliche Erweiterung vorlag.

München, im Juli 2006

Fabian Pfefferkorn

Inhaltsübersicht

Einleitung	21
I. Die französischen Fahrlässigkeitsreformen vom 13. 5. 1996 und 10. 7. 2000 ...	21
II. Gang der Untersuchung	25
<i>Erster Teil</i>	
Grundlagen der französischen Fahrlässigkeitsdogmatik	
27	
A. Deliktsstruktur, gesetzliche Systematik und Terminologie der Fahrlässigkeit im französischen Strafrecht	27
I. Strukturelemente der Straftat	27
II. Gesetzliche Systematik	29
III. Terminologie	35
B. Allgemeine Bewertungs- und Zurechnungsgrundsätze im Rahmen des einfachen Fahrlässigkeitstatbestandes (Art. 121 – 3 Abs. 3 CP)	37
I. Bewertungsgrundsätze strafbarer Fahrlässigkeit	37
II. Haftung für vermutete Fahrlässigkeit	45
III. Kausalität und Erfolgszurechnung in der französischen Fahrlässigkeitsdogmatik	58
C. Der Tatbestand der bewussten Gefährdung (Art. 121 – 3 Abs. 2 CP)	70
I. Überblick	70
II. Der Begriff des „dol éventuel“	71
III. Das allgemeine Gefährdungsdelikt (Art. 223 – 1 CP)	82

Zweiter Teil

Die französischen Fahrlässigkeitsreformen im Einzelnen 95

- A. Die Reform vom 13. 5. 1996 (Art. 121 – 3 Abs. 3 CP) 95
 - I. Der rechtspolitische Hintergrund der Reform 95
 - II. Die neue Fassung des Art. 121 – 3 Abs. 3 CP 98
 - III. Bewertung der Reform 115
- B. Die Reform vom 10. 7. 2000 (Art. 121 – 3 Abs. 4 CP) 118
 - I. Die Entwurfsstadien 118
 - II. Das Merkmal der „(in)direkten“ Kausalität gem. Art. 121 – 3 Abs. 4 CP 121
 - III. Die beiden qualifizierten Fahrlässigkeitsmodalitäten 139
 - IV. Weitere Auswirkungen der Reform 160
 - V. Zwischenergebnis und Überleitung 170

Dritter Teil

Rechtsvergleichende Bewertung des Art. 121 – 3 Abs. 4 CP 175

- A. Die Definitionen „qualifizierter“ Fahrlässigkeit im Code pénal als Grundbedingungen jeglicher strafbaren Fahrlässigkeit? 176
 - I. Vorüberlegungen: Zur Strafwürdigkeit leichter / unbewusster Fahrlässigkeit 176
 - II. Bewertung der qualifizierten Fahrlässigkeitsdefinitionen in Art. 121 – 3 CP im Hinblick auf einen straftatbestandlich restriktiven Fahrlässigkeitsbegriff 211
- B. Das Kriterium der „Unmittelbarkeit“ als sachlicher Grund für einen abgestuften Fahrlässigkeitsmaßstab? 233
 - I. Empirische Tragweite des Unmittelbarkeitskriteriums 233
 - II. Normative Tragweite des Unmittelbarkeitskriteriums 244
 - III. Modifizierte Zurechnungsmaßstäbe bei mittelbarer Kausalität in der deutschen Dogmatik – Das Prinzip der Eigenverantwortung 251

C. Bewertung exemplarischer Fälle aus der französischen Rechtsprechung zu Art. 121 – 3 Abs. 4 CP vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse	272
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
II. Bewertung der Rechtsprechung	273
Gesamtergebnis	281
Literaturverzeichnis	284
I. Literatur zum französischen Recht	284
II. Literatur zum deutschen Recht	290
Sachverzeichnis	312

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	21
I. Die französischen Fahrlässigkeitsreformen vom 13. 5. 1996 und 10. 7. 2000 ...	21
II. Gang der Untersuchung	25
<i>Erster Teil</i>	
Grundlagen der französischen Fahrlässigkeitsdogmatik	
27	
A. Deliktsstruktur, gesetzliche Systematik und Terminologie der Fahrlässigkeit im französischen Strafrecht	27
I. Strukturelemente der Straftat	27
II. Gesetzliche Systematik	29
1. Überblick über die Entwicklung des allgemeinen Fahrlässigkeitstatbestandes (Art. 121 – 3 CP)	29
a) Der Code pénal von 1810	29
b) Der nouveau Code pénal von 1992/ 1994	30
2. Die Tatbestände der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung	31
a) Grundtatbestände	31
b) Qualifizierte Tatbestände	33
III. Terminologie	35
B. Allgemeine Bewertungs- und Zurechnungsgrundsätze im Rahmen des einfachen Fahrlässigkeitstatbestandes (Art. 121 – 3 Abs. 3 CP)	37
I. Bewertungsgrundsätze strafbarer Fahrlässigkeit	37
1. Das materielle Identitätsprinzip („principe d’identité des fautes civile et pénale“)	37
a) Entwicklung und Tragweite des Identitätsprinzips	37
b) Abschwächung infolge zivilrechtlicher Objektivierung	40
2. Die Prinzipien der „appréciation in abstracto“ und „appréciation in concreto“	42
3. Die Vorhersehbarkeit des Erfolges	44

II. Haftung für vermutete Fahrlässigkeit	45
1. Das Übertretungsdelikt der „contravention“	46
a) Vorbemerkung: Die „classification tripartite“ der Delikte	46
b) Der objektive Charakter der „faute contraventionnelle“	47
aa) Hintergrund und Tragweite der Objektivierung	47
bb) Die Sonderkategorie der „contravention délictuelle“	48
cc) Exkurs: Die Abschaffung der „délits contraventionnels“	49
2. Verantwortung für fremdes Verhalten („responsabilité du fait d’autrui“)	51
a) Die Verantwortung des Betriebsleiters	51
aa) Das Kriterium der Organisationsherrschaft	51
bb) Das Erfordernis einer „faute personnelle“	53
b) Einschränkungen der Zurechnung	54
aa) Das Vorliegen einer „délégation de pouvoirs“	54
bb) Das Vorliegen einer „faute (cause) exclusive“	56
III. Kausalität und Erfolgszurechnung in der französischen Fahrlässigkeitsdogmatik	58
1. Einordnung der Kausalität in das Straftatsystem	58
2. Der Kausalitätsbegriff der französischen Rechtsprechung	59
a) Äquivalenz der Bedingungen	59
b) Das Erfordernis eines sicheren Kausalverlaufs	60
c) Normative Einschränkungen der Erfolgszurechnung	63
aa) Exklusives Drittverschulden	63
bb) Schutzzweck der Norm	65
cc) Ungewöhnlicher Kausalverlauf	66
3. Verantwortung für vermutete Kausalität („faute d’imprudence collective“) ..	66
C. Der Tatbestand der bewussten Gefährdung (Art. 121 – 3 Abs. 2 CP)	70
I. Überblick	70
II. Der Begriff des „dol éventuel“	71
1. Das Verhältnis des „dol éventuel“ zur „imprévoyance consciente“	71
2. Exkurs: Der Vorsatznachweis in der französischen Rechtsprechung	74
a) Körperverletzungsdelikte	75

Inhaltsverzeichnis	13
b) Tötungsdelikte	80
c) Der Vergiftungstatbestand (Art. 221 – 5 CP)	81
III. Das allgemeine Gefährungsdelikt (Art. 223 – 1 CP)	82
1. Das „élément matériel“	82
a) Die Übertretung einer Sondernorm	82
b) Die „direkte“ Verursachung eines „unmittelbaren“ Risikos	84
aa) Literatur	84
bb) Rechtsprechung	86
2. Das „élément moral“	89
a) Das Erfordernis eines abstrakten Übertretungsvorsatzes	89
b) Notwendigkeit eines konkreten Gefährungsvorsatzes?	90
c) Die Rechtsnatur des Art. 223 – 1 CP	92
<i>Zweiter Teil</i>	
Die französischen Fahrlässigkeitsreformen im Einzelnen	95
A. Die Reform vom 13. 5. 1996 (Art. 121 – 3 Abs. 3 CP)	95
I. Der rechtspolitische Hintergrund der Reform	95
II. Die neue Fassung des Art. 121 – 3 Abs. 3 CP	98
1. Die Tragweite der neuen Kriterien	99
a) Überblick	99
b) Die Strafbarkeit der Betriebsleiter	102
2. Die Auswirkungen der Reform auf die Strafbarkeit der Bürgermeister	104
a) Bisherige Rechtslage	105
aa) Die Begründung der Sorgfaltspflichten im Anschluss an die Entscheidung „Cinq-Sept“	105
bb) Vergleich mit der strafrechtlichen Verantwortung eines Betriebsleiters	108
b) Die Rechtsprechung nach der Reform	110
III. Bewertung der Reform	115
B. Die Reform vom 10. 7. 2000 (Art. 121 – 3 Abs. 4 CP)	118
I. Entwurfsstadien	118
1. Der Rapport Massot	118

2. Der Rapport Fauchon	119
3. Die heutige Fassung des Art. 121 – 3 Abs. 4 CP	120
II. Das Merkmal der „(in)direkten“ Kausalität gem. Art. 121 – 3 Abs. 4 CP	121
1. Die beiden Modalitäten „nicht direkter“ Kausalität: „causalité indirecte“ und „causalité médiate“	121
2. Abgrenzung zwischen „direkter“ und „indirekter“ Kausalität	123
a) Abgrenzungsversuche in der französischen Literatur	123
aa) Das Kriterium der „Adäquanz“	123
bb) Das Kriterium der „physischen Einwirkung“	124
cc) „Schwerpunkt“-Theorie	125
dd) Das Kriterium der „situation intermédiaire“	127
b) Rechtsprechung	127
aa) Bürgermeister, Lehrer, Schulleiter	128
(1) Fußballtor-Fall (Bürgermeister)	128
(2) Île d’Ouessant-Fall (Bürgermeister, Lehrer, Schuldirektor)	129
(3) Drac-Fall (Lehrerin, Schuldirektorin)	131
bb) Betriebsleiter	134
cc) Ärzte	135
dd) Sonstige Anwendungsbereiche	136
(1) Straßenverkehr / Falschparken	136
(2) Automechaniker	138
(3) Retterunfall	138
c) Zusammenfassung	139
III. Die beiden qualifizierten Fahrlässigkeitsmodalitäten	139
1. Die Modalität der „faute délibérée“	140
a) Einführung	140
b) Notwendigkeit eines konkreten Gefährdungsbewusstseins?	141
2. Die Modalität der „faute caractérisée“	143
a) Definitionsversuche	143
aa) Gesetzgebungsverfahren	143
bb) Literatur	144
cc) Rechtsprechung	145
(1) Fußballtor-Fall	145
(2) Drac-Fall	147

Inhaltsverzeichnis

15

(3) <i>Île d'Ouessant</i> -Fall	148
(4) Festumzugs-Fall	149
(5) Arbeitsunfälle	150
(a) Verurteilungen	150
(b) Freisprüche	152
b) Das Merkmal des „Nicht-Übersehen-Könnens“ – an der Grenze zwischen bewusster und unbewusster Fahrlässigkeit?	154
aa) Literatur	155
bb) Rechtsprechung	157
c) Zusammenfassung	159
IV. Weitere Auswirkungen der Reform	160
1. Die Strafbarkeit juristischer Personen (Art. 121 – 2 CP)	160
a) Einführung	160
b) Die neue Fassung des Art. 121 – 2 Abs. 3 CP	161
aa) Überblick	161
bb) Auswirkungen der Reform auf die Rechtsnatur der strafrechtlichen Verantwortung juristischer Personen?	161
c) Exkurs: Juristische Personen des öffentlichen Rechts	165
2. Der neue Art. 4 – 1 CPP	166
a) Die Schadensersatzklage vor dem Zivilgericht	166
b) Die „ <i>action civile</i> “ vor dem Strafrichter	169
V. Zwischenergebnis und Überleitung	170

Dritter Teil

Rechtsvergleichende Bewertung des Art. 121 – 3 Abs. 4 CP 175

A. Die Definitionen „qualifizierter“ Fahrlässigkeit im Code pénal als Grundbedingungen jeglicher strafbaren Fahrlässigkeit?	176
I. Vorüberlegungen: Zur Strafwürdigkeit leichter / unbewusster Fahrlässigkeit	176
1. Darstellung exemplarischer Entkriminalisierungs-Ansätze im deutschen Recht	177
a) Psychologisches Willensschuld-Modell (Köhler)	177
b) Modifiziertes Charakterschuld-Modell (Roth)	180

c) Kriminalpolitisch orientierte Ansätze	182
aa) „In dubio pro reo“ wegen statistischer Unvermeidbarkeit leichter Fahrlässigkeit (Stratenwerth)	183
bb) Fehlende Bestimmtheit nicht-evidenter Regelverstöße (Schlüchter) ..	183
cc) Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens bei geringfügiger Fahrlässigkeit (Roxin)	184
dd) Rechtfertigende Güterkollision bei „systembedingter“ Fahrlässigkeit (Gössel)	187
d) Prozessuale Alternativen?	189
2. Die Behandlung fehlenden Risikowissens in speziellen Fahrlässigkeits- (Zurechnungs-)Modellen	190
a) Fahrlässigkeit als sekundärer Obliegenheitsverstoß (Kindhäuser)	191
b) Fahrlässigkeit als Unterlassen pflichtgemäßer Vorkehrungen (Zielinski) ...	193
c) Fahrlässigkeit als Kenntnis eines „Risikosyndroms“ (Struensee)	197
d) Fahrlässigkeit als Auffangtatbestand zur Normstabilisierung (Koriath) ...	199
3. Das kognitiv-psychologische Veranlassungsmodell Duttges	201
a) Überblick	201
b) Stellungnahme	205
4. Zwischenergebnis	210
II. Bewertung der beiden qualifizierten Fahrlässigkeitsdefinitionen in Art. 121–3 CP im Hinblick auf einen strafatbestandlich restriktiven Fahrlässigkeitsbegriff	211
1. Vorbemerkung: Die Modalität der bewussten Gefährdung („mise en danger délibérée“) gemäß Art. 121–3 Abs. 2 CP	212
2. Die Modalität der bewussten Sondernormübertretung („faute délibérée“) gemäß Art. 121–3 Abs. 4 CP	213
a) Das Verhältnis zwischen Regelverletzung und Folgenverantwortung	214
b) Die Bedeutung einer Regelverletzung für die Schwere der Fahrlässigkeit	218
3. Die Modalität der „charakterisierten“ Fahrlässigkeit („faute caractérisée“) gemäß Art. 121–3 Abs. 4 CP	219
a) Der Begriff der „faute caractérisée“	220
b) Die „objektiv-individualisierende“ Struktur des Fahrlässigkeitsunrechts	222
aa) Vorüberlegung: Individualisierung des Unrechtsmaßstabs	222

bb) Das objektiv zu hohe Risiko als generalisierender Bezugspunkt des Fahrlässigkeitsunrechts	225
(1) Empirische Tragweite des Risikobegriffs	225
(2) Normative Tragweite des Risikobegriffs	226
cc) Das Merkmal des „Nicht-Übersehen-Könnens“: Vergleich mit Duttges Veranlassungskriterium	230
4. Zusammenfassung	232
B. Das Kriterium der „Unmittelbarkeit“ als sachlicher Grund für einen abgestuften Fahrlässigkeitsmaßstab?	233
I. Empirische Tragweite des Unmittelbarkeitskriteriums	233
1. Das begriffslogische Verhältnis zwischen „mittelbarer“ und „unmittelbarer“ Kausalität	234
2. Möglichkeit einer normativ-erweiternden Auslegung des Unmittelbarkeitskriteriums?	235
3. Nachfolgendes menschliches Verhalten	238
a) Nachfolgende Handlungen	238
aa) Handlung eines Dritten oder des Verletzten	238
bb) Handlungen des Täters	240
b) Nachfolgendes Unterlassen	241
aa) Unterlassen durch einen Dritten oder den Verletzten	241
bb) Unterlassen durch den garantenpflichtigen Täter	243
4. Zwischenergebnis	244
II. Normative Tragweite des Unmittelbarkeitskriteriums	244
1. Verwirklichung der „Adäquanztheorie“?	245
2. Reduzierte Vorhersehbarkeit des Erfolges?	246
3. Reduzierte Beherrschbarkeit des Kausalverlaufs?	248
4. Zusammenfassung	251
III. Modifizierte Zurechnungsmaßstäbe bei mittelbarer Kausalität in der deutschen Dogmatik – Das Prinzip der Eigenverantwortung	251
1. Deliktisches Anschlussverhalten	253
a) Pauschale Regressverbotslösungen	253
aa) Regressverbot bei nachfolgendem Vorsatzdelikt	253
bb) Regressverbot bei fahrlässigen Anschlussgefährdungen	255

b) Flexible Zurechnungslösungen	255
aa) Die Grenzen des Eigenverantwortungsprinzips	255
bb) Risikokenntnis bzw. „Sinnbezug“ als Zurechnungsgrund?	258
(1) Die Ansätze von Frisch und Lenckner	258
(2) Stellungnahme	261
2. Beschränkung des Fahrlässigkeitsmaßstabs bei vorwerfbarer Selbstgefährdung?	264
a) Regressverbot bei eigenverantwortlicher Selbstgefährdung	265
b) Das „kraft überlegenen Sachwissens besser erfasste Risiko“	266
aa) Der Ansatz des BGH	266
bb) Die Interpretation durch das BayObLG	267
cc) Stellungnahme	268
(1) Konstellationen eigenverantwortlich-bewusster Selbstgefährdung	268
(2) Vorwerfbar-unbewusstes Fehlverhalten des Verletzten	271
C. Bewertung exemplarischer Fälle aus der französischen Rechtsprechung zu Art. 121 – 3 Abs. 4 CP vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse	272
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
II. Bewertung der Rechtsprechung	273
1. Fußballtor-Fall	273
2. Île d’Ouessant-Fall	276
3. Drac-Fall	277
4. Arbeitsunfälle	278
Gesamtergebnis	281
Literaturverzeichnis	284
I. Literatur zum französischen Recht	284
II. Literatur zum deutschen Recht	290
Sachverzeichnis	312

Verzeichnis der französischen Abkürzungen

(deutsche Abkürzungen folgen den geläufigen Regeln)

Admin.	Administratif
AJDA	Actualité juridique de droit administratif
Ass. plén	Assemblée plénière (Cour de cassation)
Bull. crim.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambre criminelle
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation, Chambre civile
BOMJ	Bulletin officiel du ministère de la Justice
C.	Code
CA	Cour d'appel
Cass. crim.	Chambre criminelle de la Cour de cassation
Cass. civ.	Chambre civile de la Cour de cassation
CE	Conseil d'État
CGCT	Code général des collectivités territoriales
Ch. acc.	Chambre d'accusation
Chron.	Chronique
Circ.	Circulaire
Comm.	commentaire
CP	Code pénal
Dr. pén.	Revue Droit pénal
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
IR	Informations rapides (Dalloz)
JCP	Jurisclasseur périodique (Semaine juridique)
JO	Journal officiel
JOAN	Journal officiel (Assemblée Nationale)
Jur.	Jurisprudence
N°	Numéro
Ord.	Ordonnance
RDPC	Revue de droit pénal et de criminologie
Rec.	Recueil
Rev. soc.	Revue des sociétés
RFDA	Revue française de droit administratif
RIDP	Revue internationale de droit pénal

RPDP	Revue pénitentiaire et de droit pénal
RSC	Revue de science criminelle
Somm.	Sommaires commentés (Dalloz)
T. confl.	Tribunal des conflits
T. corr.	Tribunal correctionnel
TGI	Tribunal de grande instance
Trav.	Travail
Trib.	Tribunal

Einleitung

I. Die französischen Fahrlässigkeitsreformen vom 13. 5. 1996 und 10. 7. 2000

Während der deutsche Strafgesetzgeber hierzulande verbreiteten Forderungen nach einer Entkriminalisierung leichter Fahrlässigkeit¹ bislang nicht nachgekommen ist, wurde der am 22. 7. 1992 im Zuge einer kompletten Neufassung des Code pénal beschlossene und am 1. 3. 1994 in Kraft getretene allgemeine Fahrlässigkeitstatbestand des Art. 121 – 3 (nouveau) Code pénal (CP²) schon nach wenigen Jahren Gegenstand von zwei Reformen, die beide das rechtspolitische Ziel verfolgten, eine Reduzierung der Fahrlässigkeitsstrafbarkeit zu bewirken. Die jüngste und weitreichendere dieser Reformen, basierend auf der sog. *loi Fauchon* vom 10. 7. 2000, sieht im neuen Absatz vier des Art. 121 – 3 CP eine eigentümliche Verknüpfung des Fahrlässigkeitsmaßstabes mit dem Kausalitätsgrad vor. Jener neuen, im Detail recht komplex formulierten Regelung zufolge hängt die Strafbarkeit von natürlichen Personen für den Fall einer zwischen pflichtwidrigem Verhalten und tatbestandlichem Erfolg bestehenden „nicht direkten“ Kausalbeziehung nunmehr vom Vorliegen einer gesetzlich näher bestimmten *gesteigerten* Fahrlässigkeit ab. Nach dieser Regelung, die alternativ zwei qualifizierte Fahrlässigkeitsmodalitäten nennt, haben sich

„(...) natürliche Personen, die den Schaden nicht direkt verursacht haben, die aber die Situation, die zur Realisierung des Schadens geführt hat, geschaffen haben oder hierzu beigetragen haben, oder die nicht die Maßnahmen ergriffen haben, um den Schaden zu vermeiden, (...) strafrechtlich zu verantworten, wenn sie nachweislich entweder offensichtlich bewusst eine besondere, durch Gesetz oder Rechtsverordnung geregelte Sorgfalts- oder Sicherheitsbestimmung verletzt haben, oder sie eine ‚charakterisierte‘ Fahrlässigkeit trifft, durch die eine andere Person einem besonders schwerwiegenden Risiko ausgesetzt worden ist, das sie nicht übersehen konnten“³.

¹ Vgl. hierzu näher unten, 3. Teil, A. I.

² In französischen Lehrbüchern wird die Neufassung – zur Abgrenzung vom *ancien* Code pénal – vereinzelt auch mit NCP abgekürzt.

³ „Dans le cas prévu par l’alinéa qui précède, les personnes physique qui n’ont pas causé directement le dommage, mais qui ont créé ou contribué à créer la situation qui a permis la réalisation du dommage ou n’ont pas pris les mesures permettant de l’éviter, sont responsables pénalement s’il est établi qu’elles ont, soit violé de façon manifestement délibérée une obligation particulière de prudence ou de sécurité prévue par la loi ou le règlement, soit commis une faute caractérisée et qui exposait autrui à un risque d’une particulière gravité qu’elles ne pouvaient ignorer“.

Aus der Perspektive des deutschen Rechts dürfte vor allem der kriminalpolitische Anlass der Reform überraschen. Anders als es die Diskussion hierzulande, in der eine bereichsspezifische Entkriminalisierung allenfalls für den Straßenverkehr⁴ oder die Arzthaftung⁵ erwogen wird, nahe legt, und anders als es die systematische Stellung des Art. 121–3 Abs. 4 CP im allgemeinen Teil des Code pénal sowie dessen neutral gehaltener Wortlaut vermuten lassen, stand die Fahrlässigkeitsreform vom 10. 7. 2000 überwiegend – um nicht zu sagen nahezu ausschließlich – im Zeichen der Strafbarkeit „öffentlicher Entscheidungsträger“, der sogenannten *décideurs publics*.

Eine Einschränkung der Strafbarkeit insbesondere von Bürgermeistern für fahrlässige Organisationspflichtverletzungen im Rahmen ihrer Amtsausübung wurde im französischen Parlament Partei übergreifend für notwendig erachtet. So wird etwa in dem durch den Senator Fauchon im Namen der Gesetzeskommission des Senates – dem Vertretungsorgan der territorialen Gebietskörperschaften – eingebrachten Gutachten, dem sog. Rapport Fauchon, der auch der Reform ihren Namen gab, die strafrechtliche Situation öffentlicher Entscheidungsträger als „besorgniserregend“ bezeichnet⁶. Ein Bürgermeister könne nicht ständig wissen, was sich auf dem Territorium seiner Gemeinde abspiele. Die von Strafverfolgung betroffenen Bürgermeister hätten daher „das berechtigte Gefühl“, für jeden Unfall auf dem Gebiet ihrer Gemeinde verantwortlich zu sein, was von ihnen „als tiefgreifende Ungerechtigkeit empfunden“ werde, da sie oftmals gar nicht die Mittel hätten, um alle Unfälle zu verhindern und damit auch die strafrechtliche Verantwortung für entsprechende Unterlassungen zu übernehmen⁷. Eine ähnliche Einschätzung liegt neben dem von der Regierung in Auftrag gegebenen Rapport Massot⁸ auch dem von der Gesetzeskommission der Nationalversammlung vorgelegten Rapport Dossière zu Grunde, der von einer „grenzenlosen“ und „exzessiven“ Strafverfolgung öffentlicher Entscheidungsträger spricht. Es sei „nicht normal, dass, sobald eine Fußballtribüne einstürzt, ein Fluss übertritt, ein Basketballkorb herunter fällt, das Orna-

⁴ Vgl. etwa *Hoffmann*, NZV 1993, S. 212; *Müller-Metz*, NZV 1994, S. 90; *Presslauer*, ZVR 1992, S. 192.

⁵ Vgl. etwa *Ulsenheimer*, MedR 1987, S. 215 f.; *Ratajczak*, MedR 1988, S. 82; generell für gefahrgeneigte Berufe *Ostler*, NJW 1962, S. 1229 ff.

⁶ Rapport *Fauchon*, Rapport au nom de la commission des lois, Sénat, 1999–2000, n° 177, I. B. 3.: „situation préoccupante“.

⁷ Rapport *Fauchon*, Exposé général: „Au cours des dernières années, un nombre important de décideurs publics, et singulièrement de maires, ont été mis en cause ou condamnés pour des faits non intentionnels. Les maires sont souvent totalement désemparés face à des poursuites qui concernent des fautes dont le lien avec le dommage apparaît extrêmement ténu. Ils ont le sentiment légitime d’être responsables de tout ce qui arrive sur le territoire de leur commune, même lorsqu’ils non pas les moyens d’assumer une telle responsabilité. (...) Un maire ne peut pas savoir en temps réel tout ce qui se passe sur le territoire dont il est l’élu et les personnes mise en cause (...) ressentent comme un injustice profonde les poursuites dont ils sont l’objet (...)“.

⁸ Rapport *Massot*, Groupe d’Etude sur la responsabilité pénale des décideurs public, Rapport au Garde des Sceaux, 16. 12. 1999, Gaz. Pal., 9. – 11. 7. 2000, S. 13 ff.

ment einer Statue sich löst, eine Felswand sich als gefährlich herausstellt oder eine Straßenlaterne defekt ist, Bürgermeister, Präfekt, Schuldirektor, Lehrer oder Territorialbeamte wie Kriminelle vor die Strafgerichte zitiert und wegen fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung teilweise sogar verurteilt werden“⁹. Daher werde die Reform – so das Gutachten weiter – „sehr erwartet von den kommunalen Volksvertretern, besonders den Bürgermeistern, (...) aber auch von den Beamten der präfektoralen und territorialen Verwaltung, den Vertretern des nationalen Erziehungswesens und ganz allgemein von allen Personen, die unter die Bezeichnung ‚öffentliche Entscheidungsträger‘ fallen und die, indem sie Entscheidungen treffen, sich dem Risiko strafrechtlicher Verfolgung im Falle eines Unfalles aussetzen“¹⁰.

Aus französischer Perspektive ist der rechtspolitische Kontext dieser Reform allerdings weniger überraschend: Bereits am 13. 5. 1996, nur zwei Jahre nach Einführung des Art. 121–3 CP, war ein Gesetz „betreffend die strafrechtliche Verantwortung für fahrlässiges Verhalten“ erlassen worden¹¹, das in den bisher zweiten, nunmehr dritten Absatz des Art. 121–3 CP unterschiedliche Kriterien eingeführt hat, die nach dem gesetzgeberischen Willen zu einer „angemesseneren strafrechtlichen Bewertung der besonderen Situation öffentlicher Entscheidungsträger“ führen sollten¹². Da jedoch die Reform vom 13. 5. 1996 nicht den erhofften Effekt hatte, führten die Proteste der Bürgermeister vier Jahre später zur erneuten Revision des Art. 121–3 CP¹³.

Auf der anderen Seite sah der Gesetzgeber in der aus seiner Sicht zunehmenden Strafverfolgung öffentlicher Entscheidungsträger für Fahrlässigkeitsdelikte jedoch zugleich auch das Symptom einer generellen Zunahme strafrechtlicher Kontrolle in der Gesellschaft. Eine der Hauptursachen dieses mit dem Schlagwort „pénalisation“ umschriebenen Phänomens sei u. a. in dem prozessualen Institut der action

⁹ Rapport *Dossier*, Assemblée Nationale, 1999–2000, n° 2528, Introduction: „Or, l’extension sans limite de la responsabilité des décideurs publics et du champ des délits non intentionnels (...) est désormais excessive: il n’est pas normal que dès qu’une tribune s’effondre, qu’une rivière déborde, qu’un panneau de basket tombe, que l’ornement d’un monument aux morts se descelle, qu’une falaise s’avère dangereuse ou qu’un lampadaire devient défectueux, le maire, le préfet, le proviseur, l’instituteur ou le fonctionnaire territorial soient poursuivis devant les tribunaux répressifs comme des criminels et, parfois condamnés, pour homicide ou blessures involontaires“.

¹⁰ Rapport *Dossier*, Assemblée Nationale, 1999–2000, n° 2528, Introduction: „La réforme doit aboutir, en effet, car elle est très attendue, par les élu locaux et plus particulièrement les maires (...) mais aussi par les fonctionnaires de l’administration préfectorale ou territoriale, par les agents de l’éducation nationale et plus généralement par toutes les personnes désignées sous le vocable de « décideurs publics », qui prennent des décisions et s’exposent au risque d’un engagement de leur responsabilité pénal en cas d’accident“.

¹¹ Loi n° 96–393 vom 13. 5. 1996, relative à la responsabilité pénale pour des faits d’imprudence ou de négligence, vgl. JO, 14. 5. 1996, S. 7211.

¹² Siehe zu dieser Reform näher unten, 2. Teil, A.

¹³ Rapport *Fauchon*, I. B. 4.